



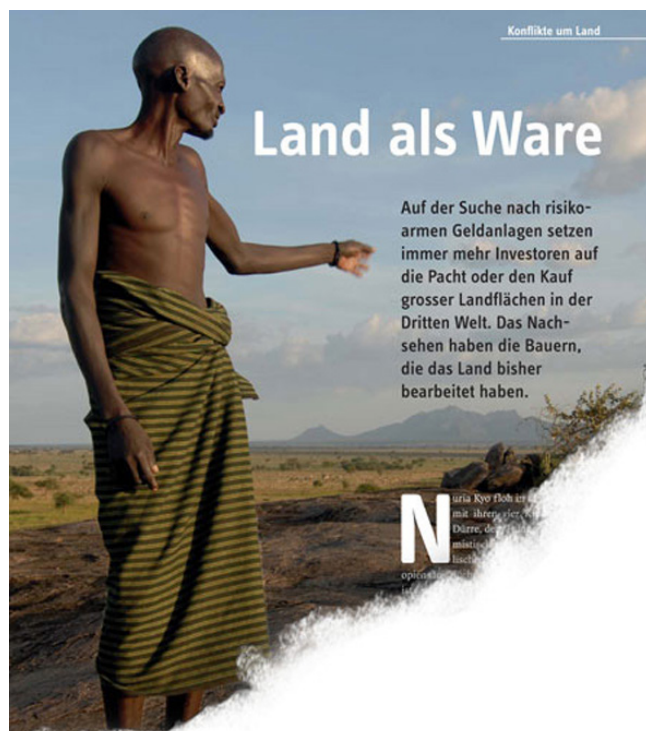
Land als Ware

Von Gewinnern und Verlierern bei einem großen Geschäft

Auf der Suche nach risikoarmen Geldanlagen setzen immer mehr Investoren auf die Pacht oder den Kauf grosser Landflächen in der Dritten Welt. Das Nachsehen haben die Bauern, die das Land bisher bearbeitet haben.

Nuria Kyo f loh in diesem Sommer mit ihren vier Kindern vor der Dürre, dem Hunger und den islamistischen Milizen in ihrer somalischen Heimat in den Süden Äthiopiens ins Flüchtlingslager Dolo Ado. Seither ist die junge Frau in dem riesigen Camp inmitten der äthiopischen Wüste auf internationale Hilfsgüter angewiesen.

Während die Katastrophenhilfe hierzulande in den letzten Monaten auf Hochtouren lief, um den rund 13 Millionen Opfern der Dürre- und Hungerkatastrophe in Somalia und Kenia zu helfen, wird in anderen Regionen Äthiopiens die ganze Hilfsmaschinerie konterkariert. In dem nordostafrikanischen Land, etwa fünfzig Kilometer westlich der Hauptstadt Addis Abeba, wachsen Spargel, Radieschen, Kürbisse und Basilikum. Jan Prins baut dort auf rund 150 Hektar das Gemüse an. Auf den nahegelegenen Märkten ist davon aber nichts zu finden.



Im Jahr 2011 erschien der abgedruckte Beitrag in der Ausgabe 4 der Zeitschrift „EineWelt“.

Was der Holländer anbaut, ist für 5-Sterne-Hotels in Dubai, Katar, Bahrain und Saudi-Arabien bestimmt.

Prins ist nur ein kleiner Nutzniesser in einem grossen Spiel um landwirtschaftliche Nutzflächen. In Äthiopien, das selbst immer wieder mit dramatischen Hungerperioden zu kämpfen hat, werden von staatlichen Stellen seit Jahren riesige Landflächen verkauft oder langfristig verpachtet, um dort Exportgüter zu produzieren. Die Landkäufer und -pächter kommen vor allem aus Indien und Saudi Arabien und stürzen sich mit grossen Versprechungen zur Entwicklung der Region auf das billige Ackerland. Solche Investitionen rentieren sich für Spekulanten, Konzerne und privaten Investoren schon deshalb, weil die versprochenen Arbeitsplätze, Schulen und Infrastrukturmassnahmen in aller Regel ausbleiben.

Der Wettlauf um fruchtbares Ackerland ist eröffnet

Weltweit ist ein oft klammheimlicher Wettlauf um Land im Gange, der vor allem die armen und ärmsten Länder trifft. In Massstäben von 100.000 Hektar und mehr werden hier von nationalen und multinationalen Konzernen und mit staatlicher Unterstützung fruchtbare Landflächen zu Spottpreisen erworben. So kostet im südlichen Afrika erstklassiges Ackerland pro Hektar im besten Fall umgerechnet 700 Euro, während die gleiche Fläche in Deutschland rund 16.500 Euro kostet.

Im Äthiopien baut der indische Investor Karuturi Global Limited auf rund 12.000 Hektar Reis, Zuckerrohr, Gerste, Mais und Gemüse an, um die eigenen Märkte zu versorgen. Für den indischen Konzern ist das schon jetzt ein lohnendes Geschäft, das er in den kommenden Jahren auf bis zu 300.000 Hektar ausbauen will. Kritiker sprechen von Landgrabbing, frei übersetzt Landraub, und von neokolonialen Strukturen oder Agro-Imperialismus.

Auch deutsche Unternehmen wie die bayerische Acasis AG gehören zu den neuen Landpächtern. Acasis baut in Äthiopien seit 2006 Jatropa- und Castorpalmen an, aus denen so genanntes Non-Food-Öl für die Kosmetikherstellung gewonnen wird. 56.000 Hektar wertvolles Ackerland werden dafür bereits genutzt, auf weitere 200.000 Hektar hat die Firma aus Gelching bei München eine Option.

Aber nicht nur afrikanische Länder wie Äthiopien, Sudan, Kongo, Somalia, Tansania oder Kenia sind von dieser Entwicklung betroffen. Asien, Südamerika und Osteuropa sind offensichtlich ähnlich verlockende Ziele der Agro-Industrie. Nach Informationen der Entwicklungsorganisation Oxfam sind seit 2011 rund 227 Millionen Hektar Land aufgekauft oder gepachtet worden. Diese Fläche entspricht in etwa der Grösse Westeuropas. Land ist zu einem der wichtigsten Spekulationsobjekte geworden, in die Investitionsfonds besonders gerne ihr Kapital stecken. Damit werden vor allem die so genannten Entwicklungsländer zum landwirtschaftlichen Rohstofflieferanten der Industrie- und Schwellenländer.



Allein in Argentinien sind laut Aussage der dortigen Agrargesellschaft rund 20 Millionen Hektar Land in ausländischen Händen. Die neuen Besitzer aus den USA, aus Deutschland, England, den Bahamas, der Schweiz und zunehmend China pflanzen dort Soja, Baumwolle, Zuckerrohr, Mais und Weizen an. Renten- und Pensionsfonds investieren hier und die dort Versicherten ahnen nichts von ihren südamerikanischen Landanteilen.

Banken beugen sich der Kritik – oder auch nicht

In ein besonders umstrittenes Landprojekt war auch das grösste deutsche Landwirtschaftsunternehmen, die Deutsche Bank nämlich und ihre Tochter DWS Investment GmbH verstrickt. Über ihre Fonds war die Bank, die gerne mit seiner ökologischen und nachhaltigen Finanzpolitik wirbt, an einer der grössten Landvertreibungen in Asien beteiligt. In Kambodscha baut der thailändische Konzern KSL in riesigen Monokulturen Zuckerrohr an, um Europa mit billigem Zucker zu versorgen. Knapp 11 Millionen Euro investierten die Manager der DWS

und beteiligten sich damit an der Vertreibung von mehr als 400 Kleinbauernfamilien, die dem landhungrigen Grosskonzern im Weg waren. Anfang März stiess die Deutsche Bank Tochter ihre Anteile nach öffentlichem Druck deutscher Medien ab. Trotzdem ist die Deutsche Bank und ihre Investment-Tochter weiterhin mit rund 250 Millionen an Firmen beteiligt, die Landgrabbing betreiben.

Auch in der Schweiz sind Banken und Fonds in Landgeschäfte involviert, heisst es in einer Veröffentlichung von „Brot für alle“ aus dem vergangenen Jahr. Als Kapitalbeschaffer indonesischer Grossinvestoren seien Credit Suisse und die UBS tätig geworden, Privatbanken wie Sarasin und Pictet böten ihren Kunden Fonds an, die an einem brasilianischen Zuckerproduzenten beteiligt sind, der wegen der sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen in der Kritik steht. Über die Nebenwirkungen dieser für Anleger attraktiven Fonds steht nichts in den Verkaufsprospekten: Kleinbauern verlieren durch die gross angelegten Landkäufe ihre Lebensgrundlage, werden zwangsumgesiedelt und erhalten weder die versprochenen Entwicklungsleistungen wie Arbeitsplätze oder Bildungschancen, noch irgendwelche Entschädigungen. Einerseits werden durch die Praxis die betroffenen Kleinbauern ihrer Lebensgrundlage beraubt, andererseits steigen die Lebensmittelpreise gerade durch Spekulationen so stark, dass sich grosse Teile der Bevölkerung vor allem in den wenig entwickelten Ländern nicht mehr versorgen können. Und damit schliesst sich der Kreis aus Landraub, Vertreibung, Hunger, Flucht und notwendigen Hilfslieferungen.

Nuria Kyo und ihren Kindern wäre vielleicht besser geholfen, wenn der gross angelegte landwirtschaftliche Anbau in den Entwicklungsländern der dortigen Bevölkerung zugute käme. Das löst zwar nicht die Probleme, die durch Dürre oder Überschwemmungen entstehen, wäre aber ein wichtiger Baustein beim Kampf gegen den weltweiten Hunger.

*Helge Neuschwander-Lutz
(Bericht aus der Zeitschrift „EineWelt“, Ausgabe 4/2011)*

Das Land wird knapp

Nur drei Zehntel der Erde ist von Festland bedeckt und die nutzbare Fläche nimmt durch Dürre und Versalzung drastisch ab. Gleichzeitig ist die Zahl der Menschen in den letzten fünfzig Jahren um 115 Prozent auf heute rund 7 Milliarden gewachsen und in den nächsten 40 Jahren kommen weitere 2 Milliarden hinzu.

Immer mehr Landflächen und auch Wasserreserven werden für den rapide steigenden Bedarf an Fleisch genutzt und weitere Nutzflächen dienen zum Anbau von Pflanzen, um den Energiehunger der entwickelten Welt zu stillen – der so genannte Biosprit. Zur gleichen Zeit hungern mehr als eine Milliarde Menschen trotz des Ziels der Vereinten Nationen, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren.

Bei vielen Konflikten, Kriegen, Katastrophen oder politischen Auseinandersetzungen geht es auch um Landfragen. Menschen werden vertrieben, um Bodenschätze ausbeuten zu können und oft führen die Konflikte zur Verwüstung ganzer Landstriche – von den Umweltschäden, die der Abbau der Ressourcen mit sich bringt, ganz zu schweigen. In der Folge fliehen Menschen in andere Regionen und schaffen dort Versorgungsprobleme.

Andernorts verlieren Menschen ihre Heimat aufgrund des Klimawandels. Mitte 2008 mussten die Einwohner der Carteret- Inseln im Südpazifik ihr Land verlassen. Durch den steigenden Meeresspiegel waren Palmenwälder entwurzelt und Bananenplantagen unterspült worden. Schliesslich zwang Hunger und fehlendes Süsswasser die Bewohner des Atolls zur Umsiedlung nach Bougainville. Das wird kein Einzelfall bleiben, wenn die Prognosen der Klimaforscher auch nur teilweise eintreffen.

Helge Neuschwander-Lutz